

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

AfD

Betreff

Ernährungsangebot und -Bildung an Stuttgarter Schulen

Wir beantragen:

Die Entwicklung eines städtischen Schulprogrammes durch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart zur Prophylaxe der zunehmenden Problematik des Übergewichtes, bis hin zur Adipositas, bei Kindern und Jugendlichen.

Wir beantragen, dass die Landeshauptstadt Stuttgart einen geeigneten Maßnahmenkatalog zur Prävention entwickeln lässt, der die aktive Förderung der Ernährungsbildung sowie die konkrete Umsetzung in Form von Sachleistungen, wie z.B. „Große Pause“- und „Mittagstisch“-Angeboten oder freiwillige Fitness-Workshops, umfasst.

Eine bloße Erweiterung der herkömmlichen Aufklärung für einen gesunden Lebensstil reicht unserer Ansicht nach nicht aus; ein entsprechendes physisches Ernährungsangebot ist daher unerlässlich.

Begründung:

Wie die Landeshauptstadt Stuttgart selbst betont (vgl. www.stuttgart.de/leben/gesundheit/gesundheitsberatung/uebergewicht-und-adipositas.php), nehmen Übergewicht und Adipositas bei jungen Menschen in Deutschland zunehmend besorgniserregende Ausmaße an. Etwa 15% der Kinder und Jugendlichen sind bereits von den Folgen ungesunder Ernährung und mangelnder Bewegung betroffen.

Wir sehen in diesem Trend vor allem ein fundamentales Problem: Die Ernährungsgewohnheiten und -standards beruhen – oft gegen besseres Wissen – auf einer unzureichenden Informationsbasis, und das Bewusstsein für die Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung sowie der eigenen körperlichen Gesundheit ist häufig mangelhaft ausgeprägt.

Dies hat nicht nur zur Folge, dass eine weit verbreitete Volkskrankheit ihren

Ursprung findet, sondern auch, dass die Leistungsfähigkeit deutscher Bildungseinrichtungen zunehmend gefährdet wird. Die körperliche und geistige Verfassung der Schüler wird durch ungesunde Lebensweisen und Ernährung nachhaltig beeinträchtigt, was sich letztlich in einem schwächeren Bildungsergebnis widerspiegelt.

Hinzu kommt, dass übergewichtige Menschen durch die daraus resultierenden Folgeerkrankungen die bereits überlasteten Krankenkassen in erheblichem Maße belasten – ein Zustand, der langfristig schwerwiegende gesellschaftliche und finanzielle Folgen nach sich zieht.

Aus unserer Perspektive liegt es in der Verantwortung der Kommune, für eine Veränderung zu sorgen, indem sie sicherstellt, dass Bildungseinrichtungen, die etwa zwei Drittel des Tages der Schüler in Anspruch nehmen, aktiv zur Förderung des körperlichen und geistigen Wohlbefindens beitragen. Dies könnte durch eine ausgewogene Ernährung und die Bereitstellung wichtiger Nährstoffe und Vitamine innerhalb des schulischen Rahmens geschehen. Darüber hinaus sollte in dieser Zeit auch ein Bewusstsein für gesunde Lebensweisen geschaffen werden, sodass die Schüler befähigt werden, diese gesunden Gewohnheiten auch im häuslichen Umfeld fortzusetzen.

Ein effektiver Weg, dieses Bewusstsein zu stärken, wäre die Einführung von regelmäßigen Workshops, die gezielt Themen wie gesunde Ernährung, Bewegung und mentale Gesundheit behandeln. Diese Workshops könnten nicht nur Wissen vermitteln, sondern den Schülern auch praktische Fähigkeiten an die Hand geben, wie sie gesunde Entscheidungen im Alltag treffen können. Dabei sollte ein interaktiver Ansatz gewählt werden, der die Schüler aktiv einbindet und ihnen ermöglicht, das Gelernte in ihrem eigenen Leben umzusetzen. Auf diese Weise würden die Schulen zu Orten, an denen nicht nur Wissen, sondern auch gesundheitsfördernde Verhaltensweisen aktiv gefördert werden.

Gez.

Dr. Michael Mayer, Thomas Rosspacher, Steffen Degler, Dr. Siegfried Facht, Niels Foitzik

Anlage/n

Keine